1330/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 24.02.2021
Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Eltern-Kind-Pass

Österreich ist noch immer von altmodischen Rollenverständnissen und patriarchalen Strukturen geprägt. Die österreichische Familienpolitik bewegt sich dabei in einem Spannungsfeld zwischen konservativen Rollenbildern einerseits und paternalistischen staatlichen Eingriffen andererseits. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen und sozialen Strukturen behindern maßgeblich die faktische Gleichstellung. Diese Rollenbilder werden auch durch die Sprache und Formulierungen manifestiert und wirken sich so auf das Familienverständnis aus. Es braucht dringend einen neuen Blickwinkel auf unser Rollenverständnis und unsere Verhaltensweisen. Gesamtgesellschaftliche Entwicklungsprozesse finden mitunter schon in der Kleinkinderziehung ihren Ursprung. Um diesen Entwicklungsprozess voran zu treiben und bestmöglich zu unterstützen, müssen wir uns auch der Sprache annehmen. Zum Beispiel beim Mutter-Kind-Pass. Um tatsächlich für Gleichstellung zu sorgen müssen sich die "Normen" in den Köpfen ändern.

Der Mutter-Kind-Pass dient der gesundheitlichen Vorsorge für Schwangere und Kleinkinder. So beinhaltet dieser die im Mutter-Kind-Programm vorgesehenen ärztlichen Untersuchungen während der Schwangerschaft bis hin zum 5. Lebensjahr des Kindes. Obwohl die Hauptverantwortung in der Schwangerschaft bei den Müttern liegt, spielt der zweite Elternteil in dieser Zeit und auch nach der Geburt eine essentielle Rolle. Es muss also unser Ziel sein, alle Elternteile hier weiter einzubinden und zu integrieren. Wir müssen den eingestaubten Rollenbildern und Klischees mit zukunftsgerichteter Politik und Bewusstseinsbildung entgegentreten, um so für alle modernen Familienformen die besten Rahmenbedingungen zu bieten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.
www.parlament.gv.at

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen und Integration, wird dazu aufgefordert, den "Mutter-Kind-Pass" in "Eltern-Kind-Pass" umzubenennen"

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Familie und Jugend vorgeschlagen.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.
www.parlament.gv.at